



Forderungen der AEJ-NRW zur Landtagswahl 2027

An die demokratischen Parteien und politischen Entscheidungsträger:innen in Nordrhein-Westfalen

Investitionen in die Zukunft von jungen Menschen, insbesondere in ihre Bildung und ihre Gesundheit, sind Investitionen in den Erhalt demokratischer Werte, steuern weiterem Fachkräftemangel entgegen und vermitteln Zuversicht statt Resignation.

1. Stärkung des Ehrenamts durch verlässliche Finanzierung & Entbürokratisierung

Ehrenamtliches Engagement ist ein konstituierendes Element der evangelischen Jugendverbandsarbeit. Kinder und Jugendliche engagieren sich häufiger und intensiver ehrenamtlich als andere gesellschaftliche Gruppen – bevorzugt in der Kinder- und Jugendarbeit. Ehrenamtliches Engagement wirkt dabei nicht nur positiv auf das Selbstvertrauen und den persönlichen Kompetenzerwerb, sondern kann auch Türen für einen gesellschaftlichen Aufstieg öffnen. Manifestierte oder drohende Armut bedrohen dieses Engagement.

Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben sich zu engagieren - ob in Jugendverbänden oder anderswo. Dazu müssen materielle Hürden abgebaut werden. Die Ausbildung und Begleitung von Ehrenamtlichen muss weiter ausgebaut und finanziert werden.

Dazu braucht es:

- **kostenfreie Deutschlandtickets** für ehrenamtlich engagierte junge Menschen bis 27 Jahren.
- Bessere **Partizipationsmöglichkeiten am politischen und gesellschaftlichen System** für junge Menschen etablieren. Kinder- und Jugendliche sollen nicht nur lernen, für ihre Rechte einzustehen, sondern dies auch aktiv tun.
- **Juleica** und Ehrenamtscard gleichstellen bzw. kombinieren.
- **Entbürokratisierung**, damit mehr Zeit für die eigentliche Jugendverbandsarbeit bleibt und Ehrenamt bleibt: Kirchengemeinden bzw. kirchliche Verwaltungen sind verpflichtet, Originale aus revisions- und archivrechtlichen Gründen aufzubewahren. Gleichzeitig verlangen andere Förderstellen ebenfalls die Vorlage von Originalbelegen oder aber die Nutzung revisionssicherer Tools. Diese würden aber enorme Kosten verursachen, die für viele Träger nicht finanzierbar sind. Wir fordern die Bereitstellung von Mitteln zur Entwicklung eigener Tools oder die Bereitstellung durch die Verwaltung selbst, um Jugendverbände und andere Träger zu entlasten.

2. Junge Menschen brauchen Schutz, Teilhabe und Perspektiven

Wir beobachten in den letzten Jahren einen hohen Bedarf nach Schutzräumen für queere junge Menschen und starken Beratungsbedarf bei queeren Jugendlichen. Es braucht eine stärkere Finanzierung für Beratungsangebote für queere Jugendliche.

Deutschland und NRW diskutieren seit einiger Zeit über eine **Social-Media-Verbot für junge Menschen**. Wir glauben: **Medienbildung in allen Schulformen und Jahrgangsstufen ist die Antwort!** Junge Menschen brauchen nicht weniger digitale Räume, sondern mehr Kompetenzen, um sich sicher, kritisch und selbstbestimmt in ihnen zu bewegen. Deshalb fordern wir eine verbindliche Medienbildung, die den Umgang mit sozialen Medien, die Erkennung von Desinformation und Fake News, den Schutz der eigenen Daten sowie die Prävention von Hassrede und Suchtverhalten umfasst. Dafür braucht es ein landesweites Konzept zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, damit sie die notwendigen fachlichen und medienpädagogischen Kompetenzen erwerben, um Medienbildung zeitgemäß und praxisnah zu vermitteln. Junge Menschen sind aber vor allem Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelten und sollten in diese und alle sie betreffenden Prozesse eng eingebunden werden.

Wir fordern außerdem, digitale Teilhabe zu gewährleisten, z.B. durch eine Landesförderung für technische Geräte.

Desweiteren braucht es **den Ausbau von Angeboten für mentale Gesundheit** für junge Menschen und gegen Einsamkeit. Jugendverbände machen hier wichtige Arbeit, bei der sie (finanzielle) Unterstützung benötigen.

Der individuelle Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Hilfen ist das Fundament einer verlässlichen Kinder- und Jugendhilfe und darf nicht abgeschwächt werden. Hilfen müssen sich am tatsächlichen Bedarf junger Menschen ausrichten. Als AEJ-NRW stehen wir dafür ein, dass dieser Anspruch nicht nur formal besteht, sondern für junge Menschen tatsächlich einlösbar bleibt.

3. Schutzschirm & Mindeststandards für die Finanzierung der Jugendarbeit

Alle Versuche, Jugendbeteiligung in NRW strukturell zu verankern sind bislang gescheitert. Deshalb fordern wir eine **Enquete-Kommission „Junges Aufwachsen in NRW“**: Sie soll gemeinsam mit jungen Menschen, Wissenschaft, Kommunen und Trägern der Kinder- und Jugendarbeit die Lebenslagen junger Menschen in NRW analysieren, bestehende Unterstützungsstrukturen überprüfen und konkrete Empfehlungen für eine zukunftsfähige Jugendpolitik erarbeiten. Ziel ist es, die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen dauerhaft stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen.

(Beschluss im Vorstand am 02.07.2026)